

Keine Ref.-Nr.	Eingegangen im Sekretariat der Oberbürgermeisterin	
	06.10.2011	
	8819	<i>Zie</i>



Beschlussantrag Nr. BA-018/2011

Einreicher:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion DIE LINKE

Gegenstand:

Umsetzung und Fortschreibung der "Initiative gegen Kinderarbeit"

Kostendeckungsvorschlag:

(Unterabschnitt, HHSt.)

Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse; Stadtrat)	Sitzungs- termine	Status öffentlich/ nicht öffentlich	Beratungsergebnis		
			bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
Stadtrat	09.11.2011	öffentlich			

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Im Rahmen der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses BA-11/2008 wird die Stadtverwaltung Chemnitz beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens März 2012 eine Beschlussvorlage zur weiteren Qualifizierung der Ausschreibungs-, Beschaffungs- und Vergabepaxis der gesamten SVC im Sinne der Initiative gegen Kinderarbeit vorzulegen. Ausgehend von der Darstellung des bisher Erreichten in der Umsetzung des BA-11/2008 sind u. a. Vorschläge :

- zur Erarbeitung einer Dienstanweisung zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses,
- zur Aufnahme entsprechender Regelungen in die Vergaberichtlinien der Stadt Chemnitz,
- Pflicht für Bieter und Leistungserbringer, zur über unverbindliche Eigenerklärungen hinausgehende Mitgliedschaft oder Zertifizierungen bei/durch unabhängigen und anerkannten Institutionen,
- zur Forderung nach durch die Bieter und Leistungserbringer einzuhaltenden ILO-Kernarbeitsnormen, die den völkerrechtlichen Status von Menschenrechten besitzen,
- zur regelmäßigen Qualifizierung der Mitarbeiter in den Vergabestellen der SVC,

zu prüfen und dem Stadtrat entsprechend seiner Zuständigkeit in Form verbindlicher Regelungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Am 14. Mai 2008 fasste der Stadtrat Chemnitz den Beschluss, dass die Stadt Chemnitz „sowohl in ihrer Vergabep Praxis als auch im Beschaffungswesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirkt, dass Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit keine Verwendung finden“. Diese Initiative gegen Kinderarbeit wurde in der letzten Legislatur von einer großen Mehrheit des Rates unterstützt. Im Rahmen einer Ratsanfrage wurde jetzt deutlich, dass bis auf die abgeforderte Eigenerklärung der Bieter keinerlei Kontrollmechanismen oder die Abforderung bzw. Anerkennung von bestimmten Zertifizierungen möglich sind.

Andere Städte zeigen was möglich ist, wenn die Initiative gegen Kinderarbeit bzw. der Grundsatz des „Fair Trade“ als kommunaler Handlungsgrundsatz begriffen wird. Gerade die Kommunen als häufig größter Auftraggeber bzw. Einkäufer von Leistungen haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Ausprägung von gesellschaftlich relevanten Verhaltenskodizes in Beschaffung und Vergabe.

Beispielhaft ist die Stadt Düsseldorf, die mit der konsequenten Änderung ihrer städtischen Vergabep Praxis faire Produktionsbedingungen für alle Waren fordert. Über die klassischen Fair-Handels-Artikel hinaus müssen dort auch bei Kleidung, Steinen, Holzprodukten und allen anderen Beschaffungen die ILO-Kernarbeitsnormen eingehalten werden. Hervorhebenswert, dass nicht nur einzelne Bereiche der Verwaltung fair beschaffen, sondern grundsätzlich alle.

VertreterInnen von Städten wie Düsseldorf, Bonn oder Hürth bei Köln schätzen ein, dass das Vergabeverfahren dennoch nicht komplizierter geworden ist und die gefunden Lösungen pragmatisch sind und die gefassten Beschlüsse der Räte umsetzen können. In Bremen wurden zusätzlich personelle Kapazitäten geschaffen, um den Vergabestellen Kriterien, Zertifikate und Kontrolllösungen zuzuarbeiten, auf die diese achten können. Der Arbeitskreis „FairGabe in Chemnitz“ steht mit diesen in Kontakt.

Die Einreicher begrüßen, dass es auch in Chemnitz bereits Projekten und Initiativen zur Durchsetzung des Fair-Trade-Anspruchs gibt. Der Arbeitskreis „FairGabe in Chemnitz“, dem VertreterInnen der Stadtverwaltung und der Initiative „SACHSEN KAUFF FAIR“ angehören, hat bereits unter Begleitung durch die Lokale Agenda 21 Workshops und Fachgespräche organisiert. Einzelne gute Beispiele der Sensibilisierung der Verwaltung für dieses Thema können jedoch nicht die Tatsache leugnen, dass es bisher an verbindlichen Regelungen für alle Beschaffungen und Vergaben in der Stadt Chemnitz fehlt.

Unterschriften gemäß Quorum

Name, Vorname	Unterschrift
1. Zais, Petra	
2. Lehmann, Thomas	
3. Rösler, Kai	
4. Schmidt, Martin	
5. Gintschel, Hubert	
6. Schinkitz, Heiko	
7. Schinkitz, Verona	
8. Schulze, Jan	
9. Neubert, Peter	
10. Siegel, Hans-Joachim	
11. Langer, Eberhard	
12. Schaper, Susanne	